

1.6-3495 Migration, Asyl und Integration

Antragsteller*in: Noah Dico (KV Kiel)

Text

Von Zeile 3494 bis 3503:

beides ist eingetreten. Wir streben deshalb die Abschaffung der Bezahlkarte in Schleswig-Holstein an. Denn die Restriktionen der Bezahlkarte stehen einem selbstbestimmten Leben im Weg. Wenn uns die Abschaffung nicht gelingt, gilt: Mit uns wird es keine Ausweitung der jetzigen Bezahlkarte auf weitere Personengruppen geben. Bestehende Ausnahmen, beispielsweise für ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen oder Personen mit eigenem Einkommen, sind ein erster Schritt, aber nicht ausreichend. Wir setzen uns daher auf Landesebene dafür ein, dass die Bezahlkarte ohne Restriktionen wie Bargeldobergrenzen, Postleitzahlenbegrenzung und Einschränkungen bei Überweisungen umgesetzt sowie die Verknüpfung mit einem Bankkonto ermöglicht wird. ~~Die Kommunen~~ Menschen sollen selbst entscheiden können, ob sie lieber mit Karte oder Bargeld bezahlen wollen. Und dafür brauchen alle ein Konto. Zusätzlich sollen die Kommunen mehr Spielraum erhalten, um alternative Regelungen umzusetzen, ~~also~~ Dazu gehört auch eine konkrete Opt-Out-Option.

Begründung

Die Bezahlkarte ist in ihrer jetzigen Form diskriminierend und integrationshemmend gestaltet. Durch Restriktionen wie Bargeldobergrenzen, eingeschränkte Überweisungsmöglichkeiten und eine geografische Begrenzung schränkt sie Menschen in alltäglichen Situationen aktiv ein. Zusätzlich ist die Bezahlkarte für die Kommunen ein weiterer Verwaltungs- und Kostenaufwand. Wir sollten daher die Abschaffung der Bezahlkarte anstreben.

Gleichzeitig ist die Idee einer bargeldlosen Bereitstellung von staatlichen Zuwendungen in Zeiten zunehmender digitaler und bargeldloser Bezahlmöglichkeiten in Form einer Bankkarte grundsätzlich eine richtige. Mit einem Konto für alle, könnten Geflüchtete selbst frei entscheiden, ob und wann sie mit Bargeld oder mit Karte zahlen. Die Restriktionen der Bezahlkarte verhindern aktiv diese Selbstbestimmung. Daher ist es sinnvoll, die Abschaffung der Restriktionen der Bezahlkarte und eine Gestaltung der Karte mit Kontoverknüpfung als Alternative zur vollständigen Abschaffung der Karte zu berücksichtigen. Sollte allerdings die Abschaffung der Karte sowie die Aufhebung der Restriktionen und eine Kontoverknüpfung der Karte nicht möglich sein, ist es weiterhin sinnvoll, sich für mehr Spielraum der Kommunen sowie für eine Opt-out-Option einzusetzen.

Unterstützer*innen

Said Etejjari (KV Segeberg); Matthias Lücke (KV Kiel); Philipp Schmagold (KV Plön); Michael Brandtner (KV Kiel); René Körber (KV Kiel); Franz Fischer (KV Kiel); Marcel Beutel (KV Ostholstein); Jessica Leutert (KV Kiel); Tobias Döring (KV Kiel)